



Köln, 18.06.2013 - Pressemitteilung

Website www.deinefreunde.org

E-Mail presse@deinefreunde.org

Twitter twitter.com/deine_freunde

Für weitere Informationen und Interviews stehen die folgenden Mitglieder von DEINE FREUNDE gerne zur Verfügung.

Katharina Feldkamp	Vorsitzende	vorstand@deinefreunde.org	
Thor Zimmermann	Mitglied des Rates	thor@deinefreunde.org	0171.536 38 59
Andreas Lemke	Pressebetreuung	presse@deinefreunde.org	

RATSITZUNG 18. JUNI 2013: THORS REDE ZUR KOLBHALLE

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe **FREUND**innen und **FREUNDE**,

im Folgenden dokumentieren wir die Rede von **DEINE FREUNDE**-Ratsherr Thor Zimmermann zur Kolbhalle. Herr Zimmermann steht für Rückfragen gerne bereit. Es gilt wie immer das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

sehr geehrte Damen und Herren, im Saal auf der Tribüne.

Auf der Tribüne besonders begrüßen möchte ich die Vertreter der Kolbhalle - die, die Platzkarten vom Sitzungsdienst erhalten haben.

In der Präambel einer ersten Vereinbarung (vor dem eigentlichen Mietvertrag) zwischen der Stadt Köln und den Bewohnern einer Freifläche an der Ehrenfelder Marienstraße, hieß es 1989:

"Ziel des Vertrages ist es, den derzeitigen Bewohnern der Freifläche zwischen Marienstraße, der Bebauung Lessingstraße, der Thielenstraße und der Bebauung Leyendeckerstraße dauerhaft ein Grundstück zum Leben und Arbeiten zur Verfügung zu stellen."

Das Gelände der ehemaligen Kolbfabrik wurde diesen Bewohnern als Ersatzgelände für ihren ehemaligen Standort an der Marienstraße angeboten. In den mündlichen Verhandlungen mit der Stadt, der damaligen

LEG und den Bewohnern war von einer Mietzeit von 30 Jahren die Rede. Die LEG äußerte damals allerdings, dass sie aus rechtlichen Gründen keine Verträge mit einer Laufzeit von mehr als zehn Jahren abschließen könnte. Die Bewohner hatten keine Wahl, und ließen sich darauf ein - längerfristige Zusagen wurden leider nicht schriftlich dokumentiert.

Aber nicht nur das Wörtchen "dauerhaft" in der Präambel deutet auf ein längerfristig angedachtes Vertragsverhältnis hin, später erhielten die Bewohner rund 180.000 DM von der Stadt Köln, Zweck: Ausbau Ihrer Wohnungen. Das Vertragsverhältnis endete 1999 und wurde nicht verlängert. Doch bis Ende 2012 gewannen die Bewohner aufgrund der Vertragslage alle Prozesse, erst ein neues Urteil des Amtsgerichtes vom vergangenen Jahr deutet den Vertrag nun als Gewerbemietvertrag. Diese Umdeutung, vom Wohn- hin zum Gewerbemietvertrag, sieht das Liegenschaftsamt nun als Chance, die lästigen Bewohner endlich loszuwerden.

Dies als Vorgeschichte zur Presseerklärung der Grünen, die Bewohner wären wortbrüchige Zwischennutzer. Wer hier welches Vertrauen gebrochen hat lasse ich an dieser Stelle mal unbeantwortet.

Es stimmt, dass die Bewohner in den vergangenen Jahren keine Miete mehr bezahlt haben. Doch auch dafür gibt es einen Hintergrund. Dies ist zum einen der bauliche Zustand des Gebäudes, der den Bewohnern seit Jahren das Recht gibt, die Miete zu mindern. Es gibt sogar Gerichtsurteile, die die Stadt Köln verpflichten, Sanierungsmaßnahmen durchzuführen, und - als ein Beispiel - eine Sprinkleranlage einzubauen. Geschehen ist aufseiten der Stadt Köln: Nichts.

Bereits Anfang der 2000er gab es einen massiven Räumungsversuch durch die Stadt Köln. Mit schwerem Räumgerät wurde Teile des Geländes und der umgebenden Mauer zerstört. Auch hier verlor die Stadt, und wurde zu Schadensersatz verpflichtet. In einer Zug-um-Zug-Vereinbarung wurden die Bewohner aufgefordert wieder Miete zu zahlen, die Stadt hingegen: kam ihren Verpflichtungen nicht nach! Dass die Bewohner nach Jahren zermürender Rechtsstreitigkeiten und immer neuen Räumungsversuchen durch die Stadt Köln schließlich keine Miete mehr zahlten, ist vielleicht ein Fehler gewesen, aber - wie ich meine - menschlich verständlich!

Trotz dieser Konfrontation mit dem Liegenschaftsamt haben die Bewohner nun die Zahlung der (geminderten) Miete wieder aufgenommen, ganz einfach als Geste, verbunden mit der Hoffnung, dass beide Seiten vielleicht wieder aufeinander zugehen können.

5000 Euro Miete zahlt die Stadt Köln an die LEG-Nachfolgerin NRW.Urban, die Bewohner zahlten bis vor Kurzem nichts. Das dies für die Stadt Köln eine hohe finanzielle Belastung darstellt ist unstrittig und wird selbst von den Bewohnern so gesehen. Doch in der Öffentlichkeit wird immer nur über die Mietpreller aus

der Helmholtzstraße gesprochen - darüber, dass in Düsseldorf die NRW.Urban auch ganz gern die Hand aufhält und sich ihre marode Immobilie von der Stadt Köln teuer bezahlen lässt, spricht offen kaum jemand. Dabei könnten die finanziellen Probleme in einer Verhandlungsrunde zwischen den drei Beteiligten eventuell leicht gelöst werden: nur ein - zugegeben vages - Rechenbeispiel:

Die hundertprozentige Landestochter NRW.Urban geht auf 4000 Euro Miete runter, die Bewohner waren in Vorgesprächen bereit, bei einem langfristigen Wohnmietvertrag bis zu 3000 Euro Miete zu zahlen, das Delta läge nur noch bei 1000 Euro für die Stadt Köln. Ein geringer Betrag, den dieser kulturelle Freiraum allemal wert ist.

Doch Verhandlungen verweigert das Liegenschaftsamt schon seit Jahren, dass nun allem Anschein nach auch Rotgrün diese Verhandlungen verweigert, enttäuscht mich sehr. Es geht in unserem Antrag wie gesagt nicht darum, den für beide Seiten unbefriedigenden Zustand fortzusetzen. Es geht darum, den Bewohnern eine Chance zu geben, und diesen einzigartigen kulturellen Freiraum zu erhalten! Und darum bitte ich Sie, jeden Einzelnen hier im Saal, um Ihre Stimme!

Vielen Dank!